

# Noch einmal eine Chevallier-Initiative!

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **22 (1956)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363622>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

politische Führung übernommen. Zunächst studiert die aus den Bundesräten Chaudet, Holenstein und Streuli bestehende Militärdelegation des Bundesrates die Probleme und hat zu diesem Zweck die Oberstkorpskommandanten Gonard und Nager als Exponenten der beiden Richtungen angehört. In der ersten Januarwoche hat sich bereits der Gesamtbundesrat mit diesen Problemen befasst. Wertvolle Unterlagen für seinen Entscheid bietet ihm zweifellos die grosse Landesverteidigungsübung der zweiten Januarwoche, in der alle Belange einer totalen Landesverteidigung einbezogen wurden und an welcher der gesamte Bundesrat teilnahm. Nach einem von der SPK verbreiteten Artikel soll im Bundesrat die Absicht bestehen, das EMD mit weiteren Studien über die Möglichkeiten einer Heeresreform zu beauftragen<sup>9</sup>. Diese Studien sollen die Schaffung grösserer Beweglichkeit, grösserer Feuerkraft und die Verstärkung des Geländes im Mittelland umfassen, sich aber auf detaillierte Vorschläge für eine erste Etappe beschränken, die in keiner Weise die ganze weitere Entwicklung präjudizieren darf. Das Resultat der Studien soll einer Expertenkommission aus Vertretern der Armee, der zivilen Verwaltung, der Wirtschaft und der Politik unterbreitet werden, bevor der Bundesrat schliesslich entscheidet, welcher der beiden möglichen Wege für die Umgestaltung der Armee einzuschlagen sei.

In diesem Zusammenhang verweisen wir noch auf Probleme der Armeeführung, die unter verschiedenen Gesichtspunkten ebenfalls zur Diskussion stehen. Von militärischer Seite soll erneut die Einsetzung eines Friedensgenerals in der Funktion eines Armeespektors verlangt werden sowie die Bildung der Armeekorpsstäbe aus lauter Berufsmilitärs<sup>10</sup>. Im Nationalrat hat der St.-Galler Vertreter Eisenring am 6. Juni 1955 eine Motion eingereicht, die vom Bundesrat eine Erweiterung der Landesverteidigungskommission durch den Beizug von Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft und aus der zivilen eidgenössischen Verwaltung verlangt. Am 20. September begründete Eisenring seine Motion damit, die rein militärische Zusammensetzung der Landesverteidigungskommission entspreche nicht mehr der totalen Landesverteidigung im Zeitalter der Atomwaffen<sup>11</sup>. Eine im Dezember 1955 von Nationalrat Gfeller eingereichte Motion kri-

tisiert die Selbstergänzung der Landesverteidigungskommission und verlangte die Wahl der Armeekorpskommandanten durch die Bundesversammlung als Wahlbehörde. Während die Motion Eisenring im allgemeinen begrüsst wird, erheben sich höchst berechtigte Zweifel gegen die Motion Gfeller. Eine parlamentarische Wahl unserer Korpskommandanten würde weder eine tiefere Verwurzelung der Armee im Volke noch einen qualitativen Aufschwung herbeiführen. Der Soldat wäre vor parteipolitisch erfeilschten Kommandanten von unbehaglichen Gefühlen bedrängt.

Abschliessend sei noch darauf hingewiesen, dass der vom Projekt Gonard verlangte und von Bundesrat Chaudet wiederholt vorgetragene Gedanke einer Verkleinerung unserer Armee durch Herabsetzung der Wehrpflicht weitgehend den aus ganz anderen Motiven vorgebrachten Postulaten unserer Linksparteien entspricht. Eine Motion des Kommunisten Bodenmann vom 21. Dezember 1953 verlangte die Herabsetzung der Dienstzeit für Wiederholungskurspflichtige, und der sozialdemokratische Parteipräsident Bringolf warf in seinem Postulat vom 24. März 1955 die Frage auf: «Kann ohne Nachteile für die Landesverteidigung die Militärdienstpflicht des Wehrmannes vom 60. auf das 50. Altersjahr herabgesetzt werden<sup>12</sup>?» Das am 3. Juli 1955 von einem ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz aufgestellte Wahlprogramm enthält ebenfalls die Forderung auf Herabsetzung der Zahl der WK und die Reduktion der Dienstpflicht auf das 48. Altersjahr<sup>13</sup>.

Die notwendigen und dringlichen Strukturwandlungen unserer Armee sind von grösster Tragweite. Jeder pflichtbewusste Eidgenosse muss dazu beitragen, dass bei den kommenden Entscheidungen einzig und allein das Landesinteresse den Ausschlag gibt.

Miles

<sup>1</sup> Vgl. Wortlaut der Rede, ASMZ, Juni-Nummer, 1955, und «Revue Militaire Suisse», Juli-Nummer, 1955. <sup>2</sup> «Badener Tagblatt», 28.9.55. <sup>3</sup> «Bieler Tagblatt», 3.10.55. <sup>4</sup> «Die Tat», 4.10.55. <sup>5</sup> «Schweizer Schützenzeitung», 4.11.55. <sup>6</sup> «Schweizerische Landesverteidigung wohin?», Verlag Stämpfli & Cie., Bern, 1955. <sup>7</sup> «Neue Berner Zeitung», 18.11.55. <sup>8</sup> «Berner Tagblatt», 13.11.55. <sup>9</sup> «Basler Nachrichten», 2.1.56. <sup>10</sup> «Berner Tagblatt», 13.11.55. <sup>11</sup> «Ostschweiz», 26.10.55. <sup>12</sup> «Berner Tagwacht», 28.3.55. <sup>13</sup> «Volksstimme», 4.7.55.

## Noch einmal eine Chevallier-Initiative!

Vertreter der Kreise, die für die Initiative Chevallier eingetreten waren, sowie Vertreter verschiedener Friedensorganisationen und religiöser Friedensvereinigungen haben die Frage einer neuen Initiative geprüft. Ein aus diesen Kreisen gebildetes Aktionskomitee hat, wie verlautet, an einer Tagung vom 15. Januar in Olten beschlossen, mit zwei getrennten, aber gleichzeitigen Initiativen folgende Begehren zu stellen:

1. Initiativbegehren für eine Verfassungsbestimmung zur Begrenzung der Militärausgaben auf höchstens 500 Mio Franken

jährlich, unter Einführung des obligatorischen Referendums für alle zusätzlichen Militäraufwendungen.

2. Initiativbegehren für eine Verfassungsbestimmung betreffend verstärkte soziale Sicherheit und vermehrte internationale Solidarität durch Aufwendung von einem Zehntel der Militärausgaben jährlich für neue soziale und kulturelle Zwecke, je zur Hälfte im In- und Ausland.

Das Initiativkomitee beabsichtigt, die Unterschriftenbogen anfangs März aufzulegen.

Das Initiativkomitee, das eventuell noch erweitert werden soll, besteht vorläufig aus folgenden Persönlichkeiten: Dr. med. Béguin, La Chaux-de-Fonds; Pfarrer Béguin, La Chaux-de-Fonds; René Bovard, Genf; Dr. Samuel Chevallier, Lausanne; Eric Des-cœudres, Basel; Jules Humbert-Droz, Zürich; Henri Jaquet, Le Locle; Pfarrer Willy Kobe, Zürich; Pfarrer Gottlieb Roggwiler, St. Gallen; Otto Siegfried, Zürich; Pfarrer O. Schäfer, Olten, und Fräulein Dr. Helene Stähelin, Zug.

-ü- Das hartnäckige Bemühen dieser Kreise für eine demonstrative Herabsetzung der Militärausgaben ist ebenso naiv wie

unverständlich. Die Fixierung der Militärausgaben auf einen bestimmten Betrag ist ein unrealistisches Unterfangen. Nachdem die zwei neuen Volksbegehren, sollten sie tatsächlich durchgeführt werden, formell offenbar besser redigiert sind als die von der Bundesversammlung ungültig erklärte erste Aktion, muss mit einem Abstimmungskampf in absehbarer Zeit gerechnet werden. Es wird nötig sein, dass die Kreise, die auf dem Boden einer wirkungsvollen und konsequenten Landesverteidigung stehen, geschlossen die Abwehr gegen diesen recht gefährlichen Versuch, die bewaffnete Neutralität der Schweiz zu einer halbhatzigen Angelegenheit zu machen, aufnehmen.

---

## Die militärpolitische Konzeption der USA

Präsident Eisenhower umschreibt in der Budgetbotschaft 1956/1957 seine militärpolitische Konzeption wie folgt: Langfristige Rüstungsplanung unter Verzicht auf die willkürliche Annahme von Zeiten sogenannter «maximaler Gefahr», Beibehaltung der Fähigkeit, einen potentiellen Angreifer abzuschrecken und ihn zu treffen, wenn er angreifen sollte, Betonung der wissenschaftlichen und technischen Weiterentwicklung des Kriegsmaterials und weniger starke Berücksichtigung zahlenmässiger Mannschaftsstärke, Aufrechterhaltung eines praktisch noch erträglichen Bereitschaftsgrades und Schaffung entsprechender Reserven, Konzentration auf diejenigen Streitkräfte, die die Kräfte der Alliierten der Vereinigten Staaten am besten ergänzen, Erhaltung einer starken und sich erweiternden Industriebasis für Verteidigungszwecke.

Der Präsident erklärt, dieser Konzeption entsprechend verführe das Land heute über die grösste Militärmacht, die es in Friedenszeiten je gehabt habe. Der aktive Mannschaftsbestand

der Streitkräfte wird mit 2,8 Mio Mann angegeben. Was die Atomwaffen betrifft, so erklärt der Präsident, solange kein verlässliches internationales Abkommen bestehe, müsse Amerika fortfahren, seine Vorräte an nuklearen Waffen zu erhöhen, und ebenso auch die Mittel, mit denen sie an den Feind getragen werden können, vermehren. Darin liege das wirksamste Mittel zur Verhinderung einer bewaffneten Aggression in der Welt. Gleichzeitig wird das Programm für die friedliche Verwendung der Atomenergie weitergeführt, und Eisenhower wiederholt seinen letztjährigen Vorschlag, es solle ein Schiff mit Atomtrieb gebaut werden, um dieses Friedensprogramm zu propagieren. Im übrigen heisst es in der Budgetbotschaft, es würden in Zukunft grössere Quantitäten von Uranerz gekauft und die Fabriken und Laboratorien der Atomic Energy Commission ausgebaut werden, wobei besonders auch die Entwicklung atombetriebener Fahrzeugmotoren gefördert werden soll.

(NZZ, 17. I. 1956.)

---

## Reduktion auf eine Atom-Armee auch in England?

Die bekannte englische Wochenzeitschrift «Economist» berichtet in ihrer Ausgabe vom 7. Januar 1956 unter der Ueberschrift «Ohne Wehrpflicht?» über Gerüchte, die seit einigen Wochen in England zirkulieren, wonach die englische Regierung beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht in den nächsten zwei bis drei Jahren aufzuheben. Zwar seien diese Gerüchte nicht zuverlässig, seien aber durch eine Ankündigung des gegenwärtigen Kabinetts entstanden über die neue, eingeschränkte Bedeutung der Reservisten. Es ist in England der Eindruck entstanden (nicht unähnlich der Situation der Schweiz in den letzten paar Monaten), die Ausrichtung auf den Atomkrieg — sowohl was Bewaffnung wie was die Taktik anbetrifft — werde dazu führen, die Armee gewissermassen «stromlinienförmig» zu machen: eine vollständige Berufsarmee, personell eher knapp dotiert und völlig auf den Atomkrieg eingestellt.

Die Zeitschrift selbst gibt der Meinung Ausdruck, dass die allgemeine Wehrpflicht möglicherweise nicht mehr die beste Methode sei, die Armee mit Einschluss der Luftwaffe und Marine mit jenem Typ von Soldaten zu dotieren, den sie mehr und mehr brauche. England benötige nicht mehr eine Armee von 440 000 Mann, weder im heissen noch im kalten Krieg. Vier Divisionen in Deutschland und zwei in England benötigen 110 000 Mann; weitere 100 000 Mann braucht es in den Kolonien und in den sonstigen überseeischen Gebieten; dazu sollten 90 000 Mann als Reservisten gezählt werden, insgesamt also 300 000 Mann. Davon sollten nach Ansicht der Zeitschrift auf alle Fälle 200 000 Berufssoldaten sein und die weiteren 100 000 als Reservisten auf Grund einer zweijährigen Ausbildung bereitstehen. Eine solche Ordnung würde naturgemäss erhebliche finanzielle Aufwendungen bedingen, da die Berufssoldaten ganz anders zu entschädigen sind als die Reservisten.